



Sehr geehrte Leserinnen und Leser, liebe Genossinnen und Genossen, vom 26. bis 28. Januar ist der Landtag zu seiner ersten Plenarwoche 2022 zusammen gekommen. Es standen wieder eine Menge Anträge zur Beratung an. Seit nunmehr zwei Jahren ist das Thema Corona auch in den Landtagssitzungen überaus präsent. Ein großer Teil der Fachausschüsse tagt in Form von Videokonferenzen. Keiner kann voraussagen, wann und ob dieser Spuk irgendwann einmal ein Ende hat.

Dieses Plenar-aktuell ist aus aktuellem Anlaß etwas größer als bisher.

Es wird immer deutlicher spürbar, dass im Oktober der nächste Landtag gewählt wird. Nachdem sich auf Bundesebene die Ampel konstituiert hat, nutzen die Oppositionsparteien in Hannover die Gelegenheit, möglichst viel Sand in das Getriebe der großen Koalition zu werfen. Bleibt zu hoffen, dass wir das eine oder andere Thema dennoch vor der Wahl noch hinbekommen. Ich denke da beispielsweise an das 360,- Euro-Ticket und an die Novellierung des Klimaschutzgesetzes.

Ein paar Themen, auf die ich näher eingehen möchte, haben wir wieder zusammengestellt.

Außerdem möchte ich die heutige Ausgabe nutzen, noch einmal in die Geschichte zurück zu blicken.

Am 20. Januar vor 80 Jahren fand die Wannseekonferenz statt. Am 27. Januar 1945 wurden die Greueltaten von Auschwitz beendet.

Die derzeitige Entwicklung unserer Gesellschaft macht deutlich, dass wir nicht vergessen dürfen.

Was ich damit meine, ist ein zunehmender Antisemitismus, Hetze gegen Fremde, Politik und eine zunehmende Distanzlosigkeit im gegenseitigen Umgang.

Herzliche Grüße



Mit Nazis marschieren ist kein Spazieren!

Die sogenannten „Spaziergänge“, die bundesweit angeblich aus Protest gegen die staatlichen Corona-Maßnahmen stattfinden, sind auch Thema im Landtag. So hat die SPD-Landtagsfraktion unter der Überschrift **„Corona-Proteste auf unseren Straßen – Stresstest für Demokratie und Polizei“** eine aktuelle Stunde beantragt. Auch im Landkreis Oldenburg treffen sich seit einigen Wochen unterschiedlichste Menschen aus den Gruppen der Impfgegner, der Coronaleugner und solchen, die Maske-tragen als einen unerträglichen Eingriff in ihre Persönlichkeitsrechte empfinden, mit rechten Gesinnungsgruppen, denen es nicht um Corona, sondern um die Destabilisierung des Staates geht. Leider merken die einen nicht, wie sie von den anderen instrumentalisiert werden. Oder schlimmer noch, es ist ihnen egal. Wer Angst hat vor einer Impfung, mag wohl seine Gründe haben. Zugleich kann er einem aber auch leidtun, wird er doch auch sonst keinen Erkenntnissen der Wissenschaft zugänglich sein. Ich höre mir ihre Argumente dennoch an. Aber nicht zu schauen, mit wem man gemeinsame Sache macht, ist unakzeptabel. Der Aussage „Mit Nazis marschieren ist kein Spazieren“ stimme ich voll und ganz zu. Versammlungs- und Meinungsfreiheit

sind in unserer Verfassung verbürgt. Schon deshalb ist es ein Hohn, wenn von diesen „Spaziergängern“ von „Corona-Diktatur“ gesprochen wird. Aber diese Leute wollen den Rechtsstaat provozieren und sehen, wie weit sie gehen können, Grenzen überschreiten. Leidtragende sind vor Ort oft die Polizistinnen und Polizisten, die auf dem schmalen Grad zwischen Deeskalation und hartem Durchgreifen agieren müssen, um zu verhindern, dass Gesetze ausgehebelt werden. Und wenn die Protestler randalieren, die Polizei beleidigen oder



gar angreifen, ist die rote Linie überschritten. Unserem Ministerpräsidenten Stephan Weil stimme ich voll und ganz zu, dass es zu einer Demokratie gehört, dass letztendlich eine Minderheit, und das sind die „Spaziergänger“, die Meinung der Mehrheit zu akzeptieren hat. Dies formulierte er Mittwoch in seiner Regierungserklärung.

Erfreulich finde ich, dass sich mittlerweile in vielen Orten des Landkreises Gegenbewegungen zu den Corona-Protesten gebildet haben, wie z. B. in Ganderkesee unter dem Motto „Nachdenken statt Querdenken“ oder in Hude, wo ein offener Brief formuliert wurde, der schon von sehr vielen Bürgern, von Politik, Kirche, Vereinen und Verbänden unterzeichnet wurde und weiterhin zur Unterschrift bereitliegt („Hude steht für Solidarität und Zusammenhalt“), um nur 2 Aktionen von vielen zu nennen.

Hier der link zum offenen Brief Hude: <https://deref-gmx.net/mail/client/QDHXou3mQVo/dereferrer/?redirectUrl=https%3A%2F%2Fweact.campact.de%2Fp%2Fhudesolidaritaet>

Gegenbewegungen gibt es ebenfalls in Wardenburg, Großenkneten und Wildeshausen.

Besonders erfreulich finde ich, dass gerade unsere jungen SPD-Mitglieder sehr aktiv sind. (siehe Bild)

Gesundheit

Ebenfalls im Plenum beraten wurde erstmals ein Antrag der Regierungsfractionen, bei dem nochmals unsere Gesundheit im Focus steht. „Gefährliche Keime und Erreger effektiv bekämpfen - mit Forschungsanreizen und Förderung innovativer Projekte die präventive Medizin stärken“, so der Titel. Die Corona-Pandemie lässt durch ihre Ausmaße andere Gesundheitsgefährdungen leicht in den Hintergrund treten. Jedoch sterben in Deutschland etwa 2500 Menschen pro Jahr durch multiresistente Erreger (MRE), in Eu-

ropa jährlich bis zu 33.000, weil Antibiotika nicht mehr wirken. Das Forschungsprojekt „IMAK-StArt“ (Interministerieller Arbeitskreis Strategie gegen Antibiotikaresistenz) sowie das Antibiotika-Resistenz-Monitoring in Niedersachsen (ARMIN) zeigen zwar erste Erfolge. So kommen beispielsweise immer weniger antibiotische Tierarzneimittel zum Einsatz. Aber neue Erkenntnisse erfordern auch neue Forschungs- und Entwicklungsansätze. Da es neben Resistenzen gegen Antibiotika auch solche gegen Desinfektionsmittel und Reinigungsmittel gibt, soll nach Auffassung der Regierungsfractionen ein ganzheitlicher Forschungsansatz die Zu-

sammenhänge interdisziplinär beleuchten. Auch soll die länderübergreifende Zusammenarbeit der Universitätskliniken in Oldenburg und Groningen ausgebaut werden. Im Focus stehen zudem ein ressourcenschonender und nachhaltiger Umgang mit unserem Grundwasser, schulische Bildungsangebote in den Bereichen Hygiene, Umgang mit Lebensmitteln und Gesundheitsvorsorge sowie der Einsatz einer 4. Reinigungsstufe in Klärwerken. Letzteres kann ich mir als Pilotprojekt durchaus für die Klärwerke im Landkreis Oldenburg vorstellen, bei denen bereits multiresistente Keime in nachgelagerten Gewässern nachgewiesen wurden.

Am 27. Januar gedenkt die Welt den Opfern der Shoah. An diesem Tag befreiten vor 77 Jahren Soldaten der Roten Armee das Vernichtungslager Auschwitz-Birkenau. Das Menschheitsverbrechen der Nationalsozialisten brachte unvorstellbares Leid über unseren Kontinent und kostete 6 Millionen europäischen Jüdinnen und Juden das Leben. „Mit tiefer Trauer und im Bewusstsein der historischen Verantwortung halten wir das Gedenken an diese grauenvolle Zeit wach, damit so etwas nie wieder geschieht“.

Der 27. Januar 1945 war ein Tag der Erlösung für viele Gefangene von ihrer grenzenlosen Not.

Er ist der Tag der Befreiung des Konzentrationslagers Auschwitz.

Den sowjetischen Soldaten bot sich damals bei der Befreiung ein Anblick des Grauens, der uns zum Gedenken zwingt.

Die Welt erfuhr auf erschreckende Weise bildlich, wozu das dritte Reich mental fähig gewesen ist.

Deshalb hat der ehemalige Bundespräsident Roman Herzog diesen Tag am 19. Januar 1996 zum Gedenktag für die Opfer des Nationalsozialismus erklärt.

Ich habe mich immer wieder gefragt, wie hätte ich mich in der damaligen Zeit verhalten?

Hätte ich geschwiegen, wie so viele? Oder wäre ich auch mit dem Strom geschwommen?

Ich weiß es nicht.

Wir haben heute eine andere Zeit.

Wir haben eine stabile Verfassung, die es uns erlaubt, ja, manchmal sogar ermuntert, unsere Meinung frei zu äußern.

Aber trotz einer solchen stabilen Verfassung ist es in unserem Land heute wieder möglich, dass zum Beispiel jüdische Gräber geschändet werden. Über Hasstiraden werden Politiker in die Parlamente gewählt, die mit Weltoffenheit und einem Eintreten



für Europäische Werte nichts am Hut haben. Das macht Angst.

Hass ist ein schlechter Berater.

Wir müssen immer wieder mahnen:

Verfassungen lassen sich dehnen und werden letztendlich vor den Interessen des Mobs keinen Bestand haben, wenn wir nicht die Courage haben, sie zu verteidigen.

Das Wachhalten unserer Geschichte zum Erhalt der Wertegemeinschaft ist von enormer Bedeutung.

Am 30. Januar 1933 wurde Hitler Reichskanzler - ganz legal, getragen vom Frust im Land und seiner Propaganda.

Vier Wochen später stand das erste KZ.

Sieben Wochen später war das Parlament entmacht.

Sechs Jahre später begann der Weltkrieg.

Die Lehre bleibt klar: wehret den Anfängen!

Es darf nie wieder geschehen, dass wir Hass gegen einzelne Bevölkerungsgruppen zulassen.

Seien es jüdische Mitbürger, Farbige oder Flüchtlinge.

Es darf nie wieder passieren, dass Menschen wegen ihres Glaubens oder ihrer Hautfarbe verfolgt und sogar ermordet werden.

Lasst uns gemeinsam über die Parteilinien hinweg die parlamentarische Demokratie verteidigen.

Populistische Forderungen mit dem Ergebnis des Verlustes demokratischer Errungenschaften können und dürfen wir nicht zulassen.

Nationalistische Populisten treiben einen Keil zwischen die unterschiedlichen Gruppierungen in unserem Land.

Mit anderen Worten, sie treiben einen Keil zwischen uns und die Menschlichkeit.

Das dürfen wir nicht dulden.

Ich wünsche mir für uns die gemeinsame Kraft, diesen Herausforderungen zu begegnen.

Es geht unter anderem um:

die Würde des Menschen, die Meinungsfreiheit, die Religionsfreiheit, die Dreigewaltenteilung.

Alles Rechte, um die es sich zu kämpfen lohnt.

Wenn die letzten Zeitzeugen nicht mehr da sind, wird die Sicherheit, dass sich so etwas nicht wiederholt immer brüchiger. Deshalb müssen wir unsere Geschichte lebendig halten.

Max Mannheimer, ein Überlebender des Holocaust hat einmal gesagt:

Ihr seid nicht verantwortlich, für das, was geschah.

Aber, dass es nicht wieder geschieht, dafür schon.